

Griechen
an allen Verlagen.
Bezugspreis
in der Buchhandlung 250.—
in den Ausgabenstellen 260.—
durch Zeitungsbüros 300.—
am Postamt 275.—
ins Ausland 20 deutsche Mark
Fernprecher: 4246, 2273,
8110, 3249.

Poststellekonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

A u s g e g e n d e s
S. d. Grundschriftzeile ist
Anzeigenzeile innerhalb
Polens 40.—M
Reklameteil 120.—M
Für Aufträge aus
Deutschland 3,50 M
im Reklameteil 10.—M
in deutscher Mark.

Telegrammadresse:
Tageblatt Poznań.

Ozekowe Konto für Polen: P. L. O. Nr. 200 288 in Poznań

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung bei der Bezieher keinen Anrecht auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Sejm und Verfassung.

Vor jetzt bald einem Jahre wurde die Verfassung der Republik Polen von dem Warschauer Sejm angenommen. Damit hatte dieses erste Parlament der jungen Republik die ihm gestellte Aufgabe erfüllt, und man erwartete seine Ausröfung und den Zusammenschluss eines neuen Sejms, der schon auf Grund der Verfassung gewählt werden musste. Im Widerspruch zu diesen Erwartungen tagte aber der erste Sejm unentwegt weiter, — und er tagt auch heute noch. Die Neuwahlen sind, wie wir vor einigen Tagen schon meldeten, wieder einmal verschoben worden. Dieser Zustand und die Frage, wie weit die wichtigsten Grundsätze der neuen Verfassung schon verwirklicht wurden, gibt der „Gaz. Sadowa“ (Gerichtszeitung) Anlaß zu folgenden Betrachtungen:

Vor einem Jahr sprachen wir eine Reihe allgemeiner und besonderer Wünsche aus. Im Zusammenhang damit gaben wir der Hoffnung Ausdruck, daß das Jahr 1921 uns vor allem die Verfassung bringen würde und daß wir dadurch endlich in die Reihe der Rechtsstaaten treten würden. Unsere Wünsche und Hoffnungen gingen teilweise in Erfüllung. Die Verfassung wurde beschlossen, und ihre Einführung geschah unter großer Feierlichkeit und unter dem wiederholten Hinweis auf die außerordentliche Bedeutung dieses Moments für das Leben des wiedererstandenen Staates. Haben wir wirklich Anlaß zur Freude? Entsprach die Wirklichkeit den Wünschen und den Hoffnungen? Diese Frage ist in diesem Augenblick schwer zu beantworten. Bisher hat das Verfassungsgesetz auf unser Laienleben keinen großen Einfluß ausgeübt, und wenn auch nur darum, weil die Ankündigung der Einführung eines auf sie geprägten Organismus, wie bisher, hinausgeschoben wurde. Und diese Verlegung erfolgte darum, weil der gesetzgebende Sejm weiter besteht und nach wie vor allein, ohne jede Kontrolle, die gesetzgebende Macht ausübt. Es könnte scheinen, daß der gesetzgebende Sejm, nach der schweren Geburt des Werkes, zu dem er berufen wurde, eines Werkes, das übrigens fast ausschließlich das Ergebnis eines Kompromisses ist, seine Tätigkeit einstellen und neuen Kammer Platz machen wird, b. d. h. einem Sejm und einem Senat, die auf neuen Grundlagen gewählt sind. Leider ist es anders gekommen. Weder läßt der Sejm selbst seinen Wunsch, auseinanderzugehen, erkennen, noch liegt der Regierung etwas daran, — im Gegenteil: es ist ihr gelungen, den Sejm zu überzeugen, daß er vor seiner Auflösung eine ganze Reihe von Angelegenheiten erledigen muß, die angeblich keine Verzögerung erlauben dürfen. Der Sejm aber glaubt gern daran, und in diesem Glauben besteht er sich nicht einmal mit der Ankündigung der Wahlordnung, ohne die es unmöglich ist, neue Wahlen vorzubereiten. Der Begriff von „Angelegenheiten“, die keine Verzögerung dulden, ist sehr bedingt. Im Leben der Völker kommen immer und ständig Angelegenheiten vor, die, so könnte es manchmal scheinen, so dringend und eilig sind, daß ohne sie die weitere Entwicklung der sozialen Verhältnisse, ja, vielleicht das Bestehen des Staates selbst, in Frage gestellt sind. Wenn man von diesem Standpunkt aus auf die gesetzgebenden Aufgaben blickt, so müßte das Parlament das ständig sagen, und es dürfte nicht einmal für einen Augenblick eine Unterbrechung zwischen der Auflösung eines und der Einberufung des anderen gesetzgebenden Körpers vorkommen. Die Beispiele anderer Staaten beweisen, daß eine solche Ansicht mit der Wirklichkeit nicht übereinstimmt. Schließlich ist doch hundertmal wichtiger, als die Annahme dringender Anträge die Herstellung normaler Verhältnisse, durch die die gesetzgebende Arbeit in die von der Verfassung gewiesenen Gleise gelenkt werden. So dünn es uns auch ist, daß der Standpunkt, den die Regierung im Verhältnis zu unserem gegenwärtigen Sejm einnimmt, falsch ist und mit den oben genannten Erfordernissen des Staatslebens nicht im Einklang steht. Es wäre zu wünschen, daß sich hier die Überzeugungen unserer Regierungsfaktoren ändern würden, daß sie dazu beitragen, daß der gegenwärtige gesetzgebende Sejm möglichst bald seine Beratungen abschließen und durch Beschlussung der Wahlordnung die Zusammenführung neuer Kammer ermögliche. Dies ist ein Wunsch, der hoffentlich noch im Anfang des Jahres 1922 seine Erfüllung findet. Nicht nur auf dem Gebiete des Beginns der normalen gesetzgebenden Arbeit blieben die Beschlüsse der Verfassung unbesiegelt. Ein oberstes Verwaltungsgericht wurde nicht einberufen, und was am meisten charakteristisch ist: entgegen dem Art. 126 wurde dem Sejm kein Gesetz vorgelegt, welches auf eine Versöhnung der früheren Verordnungen, die im Widerspruch mit der Verfassung stehen, mit den Vorschriften dieser abzielt. Schon in der ersten Nummer unserer Zeitung vom Jahre 1921 wiesen wir darauf hin, wie dringend notwendig es sei, ein Verwaltungsgericht ins Leben zu rufen. Wir bemühten uns, klar zu machen, daß das Fehlen eines solchen Institutes in einem Rechtsstaat geradezu eine Unzulänglichkeit sei. Leider verhalf uns der Ruf ungehört. Bis jetzt haben wir keine Kontrolle über das Vor gehen der Behörden. Wir sind weiter Zeugen des Eigenwillens. Und dieser Eigenwillen wurde so weit getrieben, daß man nicht nur in den untergeordneten Stellen, sondern auch in den Zentralämtern die Bürger davon überzeugt, daß diese die gegen sie gefestigten Entschließungen annehmen müssen, weil jede Klage, jeder Einspruch, gegenwärtig unnötig ist. In den letzten Tagen breitete sich das Gerücht, daß der Entwurf der Bildung eines Tribunals im Sejm eingeführt wurde. Es wäre zu wünschen, daß das endlich der Wahrheit entspräche, und daß im Einverständnis mit dem Ministerium der Sejm diese Angelegenheit als eine der am notwendigsten zu erledigenden erachtet. Von gleicher Bedeutung ist endlich die Durchführung des letzten Verfassungsatartels. Bisher wurden formell eine ganze Reihe von Gesetzen, Vorschriften, Umlaufschriften, die uns als Erbe früherer Regierungen verblieben, ja sogar solcher, die zu polnischen Seiten herausgegeben wurden und die geradezu den Grundlagen der Verfassung zuwiderlaufen, nicht aufgehoben. Der rechtliche Standpunkt aus mußheimer werden, daß alle diese Beschlüsse aus dem eigentlichen Recht befreit wurden, aber für die Verwaltungsbehörden und sogar die Gerichtsorgane bedeutet immerhin ihr Vorhandensein einen unsicheren Zustand, dem endlich ein Ende gemacht werden muß. Warum man mit dieser Arbeit noch nicht begonnen hat, darauf ist es schwer eine Antwort zu finden. Wahrscheinlich haben die Behörden hierzu keine freie Zeit. Aber es sei, wie es sei: Zur Erledigung von Sachen, die jeden Bürger ohne Aufnahme angehen, müssen die entsprechenden Personen gefunden werden, die über die notwendigen Mittel und Kräfte verfügen.

Was hier ausgesprochen wird, entspricht zweifellos den Ausschreibungen weiter Kreise der Bevölkerung. Nur darf

hinzugefügt werden, daß das Volk seine besondere „volkstümliche“ Antwort bereit hat auf die Frage, warum der verfassunggebende Sejm immer noch nicht auseinandergeht. Das Volk hat kein Interesse an dem Weiterbestehen des gegenwärtigen Sejms, und wenn er endlich einmal sich auf löst, wird es wahrscheinlich gern das schon beinahe klassisch gewordene schöne Lied anstimmen: „Warum denn weinen, wenn man auseinandergeht, wenn an der nächsten Ecke schon ein anderer steht?“ Manche werden vielleicht auch voller rosigem Hoffnungen „ein besserer“ statt „ein anderer“ singen. Aber ob der nächste Sejm besser wird als der gegenwärtige oder nicht, — die Frage ist berechtigt: „Warum werden die Sejmwahlen immer wieder hinausgeschoben?“

Stimmungen im Sejm.

Warschau, 26. Februar. Vor einigen Tagen ist über eine Konferenz zwischen dem Ministerpräsidenten Ponikowski und dem Sejmpräsidenten Trampczynski berichtet worden. Diese Konferenz war der politischen Lage gewidmet. Ponikowski beabsichtigte, so schnell wie möglich Neuwahlen durchzuführen, zum mindesten im Frühling. Angesichts der Verziehung des Zeitpunktes der Neuwahlen und der Vorhalte einiger Parteien bezüglich einzelner Minister hat der Ministerpräsident, dessen Regierung nicht parlamentarisch ist, mit den Vertretern der Sejmparteien und dem Marschall eine Konferenz abgehalten, die den Zweck hatte, die Stellungnahme der Regierung zu erläutern. Die Vertreter des nationalen Blocks, die Abgeordneten Gabiński, Czerniewski und Stefan Dąbrowski machten Vorhalte, die die Politik der Regierung sowie die ganze Taktik des Innernministers und schließlich auch des Justizministers betreffen. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertretern des Zentrums, der Linken und der Regierung wurden ausgetragen. Man hat den Eindruck, daß die Lage immer unklarer wird, und zwar angesichts der Abreise der Abgeordneten am Sonntag. Wie die Tage der Dinge eigentlich ist, wird sich erst in kommender Woche aufklären.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen.

Bei den deutsch-polnischen Verhandlungen ist in der wichtigen Frage der Schottlieferungen die Grundlage für ein Abkommen vorbereitet worden, wonach für Alteisenlieferungen jeder Staat für die auf dem Gebiete des anderen gelegenen Gießereien Ausfuhrerlaubnis in der Höhe der bisherigen Produktion geben wird. Dagegen hat man sich in der Versorgung der polnischen Hochöfen mit Eisenerzen nur auf eine vorläufige Rücksicht geneigt, die erst nach Übergabe des Gebiets an Deutschland und Polen endgültig festgestellt werden soll. Weiter ist die Schaffung einer gemischten paritätisch zusammengesetzten Arbeitskommission beschlossen worden, die den Vorsitz der polnischen Kommission als beratendes Sachverständigenorgan zur Seite stehen soll. In dieser Frage wurde der Direktor des internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas, zu Rate gezogen.

Gera, 25. Februar. Die deutsch-polnischen Verhandlungen über Oberösterreicher dauern weiter an. Die polnischen und deutschen Bevollmächtigten nehmen an gemeinsamen Sitzungen unter der Leitung Calanders zur Redigierung der Angelegenheiten über die einverstanden erzielt worden ist, und an der Bezeichnung des engagierten Ergebnisses der Verhandlungen über bisher noch nicht erledigte Fragen teil. Die Unterabschüsse für Angelegenheiten der Berufsverbände der nationalen Minderheiten und des Schiedsgerichts halten täglich Sitzungen ab, ebenso der Redaktionssaal. Angesichts dessen, daß der Gegenstand der Konvention überaus kompliziert ist, wird der Text des Vertrages sehr umfangreich sein und höchstwahrscheinlich ungefähr 500 Artikel umfassen.

Zustände in Oberschlesien.

Unter der treffenden Überschrift „Widwest in Oberschlesien“ meldet der Nachrichtendienst der „Danziger Zeitung“ am 25. Februar: Gestern abend wurde in das Gebäude der Druckerei des „Rybniker Tageblattes“ mehrere Handgranaten geworfen, um die Männer zu vertreiben. Es wurde ein ziemlich bedeutender Schaden angerichtet. Auch das Wohnhaus des Verlegers Bartels wurde beschädigt. Eine Stunde vorher wurde der Redakteur Rose desseiden Blattes in seiner Privatzimmer von mehreren Personen überfallen, die ihn zuwangen wollten. Material gegen den Redakteur der katholischen „Volkszeitung“ auszuwerfen mit der das „Tageblatt“ eine Briefseiche hat. Die interalliierte Behörde hat wegen dieser Überfälle eine Untersuchung eingeleitet.

Gliwice abend brach auf der Gleiwitzer Grube in einem Schacht ein Brand aus. 75 Mann wurden durch Kohlenoxydgas betäubt. Es gelang sie ins Leben zurückzurufen. Heute ist in der 185-Meterhöhe in der Nähe eines alten Kohlenstollens abermals Feuer ausgebrochen. Nach den bisherigen Feststellungen ist Brandstiftung anzunehmen, die auf politische Motive zurückgeführt wird. Die Grubenverwaltung ist durch diesen Brand gezwungen, die Belegschaft um 500 Mann zu verringern.

Die Danziger-polnischen Verhandlungen in Warschau.

Danzig, 26. Februar. (Telunion.) Die Danziger-polnischen Verhandlungen in Warschau sind um eine Woche versetzt worden. Es wurde über eine Reihe von Punkten ein Einverständnis erzielt. So wurde wie die „Danziger Neueste Nachrichten“ melden, das Rybnik abkommen unterzeichnet, das Danzig für die nächsten Monate mit etwa 100000 t o. öberschlesischer Kohle versieht. Weitere Verhandlungen beraten die Vermeidung von Doppelbesteueringen und die gegenseitige Rechtshilfe in Steuerfällen, über die ein Staatsvertrag abgeschlossen werden soll. Andere Verhandlungen beschäftigen sich mit der Saarfrage.

Polnisch-baltischer Eisenbahnvertrag.

Riga, 26. Februar. Hier stand eine Eisenbahnkonferenz unter Teilnahme der Vereine Galizien, Lettlands, Polens und der Tschechoslowakei statt. In dieser Konferenz wurde ein Eisenbahnvertrag zwischen Estland, Lettland und Polen geschlossen, der zugleich den Vertrag des Warszawaportes aus Polen nach Russland regelt.

Konferenz von Genua am 10. April.

Wie bereits gemeldet sind Lloyd George und Poincaré am Sonnabend in Boulogne zusammengekommen. Am Ende der Konferenz wurde ein Communiqué fertiggestellt und den englischen Journalisten vorgelesen. Ein von der Havas verbreiterter Auszug aus dieser Mitteilung lautet:

Die beiden Premierminister haben während dreier Stunden in freundschaftlichem Geiste die verschiedenen Fragen im Wege besprochen, besonders die auf die Konferenz von Genua bezüglichen, und die Notwendigkeit betont, den Aufgaben des Völkerbundes keine Hindernisse zu bereiten und gewisse in Paris seit dem Waffenstillstande unterzeichnete Verträge nicht anzustatten. Die beiden Premierminister sind darin übereingekommen, die italienische Regierung zu bitten, die Konferenz von Genua auf den 10. April einzuberufen. Sachverständige der beiden Länder werden vorher zusammenentreten.

Zum Schluß betont das Communiqué, daß nichts einer engen und nutzbringenden Zusammenarbeit der beiden Länder zur Ordnung der in Europa schwelenden Fragen im Wege steht. Nach der Abreise Poincarés hat Lloyd George die englischen Journalisten empfangen und Nachdruck auf den freundschaftlichen Charakter seiner Diskussion mit Poincaré gelegt und betont, daß sie sich in voller Übereinstimmung getrennt hätten. Lloyd George hat dann hinzugefügt, er sei mit Poincaré dahin übereingekommen, nach Neubildung des italienischen Kabinetts eine Konferenz zwischen Frankreich, Italien und England einzuberufen, um die Fragen des nahen Ostens zu regeln.

Lloyd Georges Plan.

Nach dem „Daily Chronicle“ ist ein Hauptpunkt des Plans Lloyd Georges für die Konferenz von Genua ein zehnjähriger Waffenstillstand in ganz Europa, eine Atempause, während der der allgemeine Wiederaufbau vorgenommen werden soll. Nach diesem Plan soll jede der verbündeten und früher feindlichen Nationen die feierliche Verpflichtung übernehmen, gegenseitig die Grenzen zu respektieren und sich jedes Angriffsplanes zu enthalten und sich frei von allen hinterhältigen Gedanken lediglich dem Friedenswerk der Stabilisierung ihrer Finanzen, des Handels und der Industrie zu widmen und außerdem in eine gegenseitige und allgemeine Herabsetzung der Rüstungen zu wollen.

Die Sowjets gegen die Workkonferenz in Genua.

Riga, 25. Februar. Die „Prawda“ berichtet, daß die Sowjetregierung eine Note an die Polnisches Poincaré vorbereitet habe. Die Note wird allen Regierungen der Note, mit Ausnahme der französischen ausgehändigt werden. In der Note ist die Rede davon, daß Frankreich eine Konferenz der Sachverständigen vorbereite, in der mit den Vertretern der kleinen Nationen und ohne Aufwand alle Bedingungen bearbeitet werden sollen, die darauf hinzielen, Russland auf der Konferenz von Genua vor eine vollendete Tatsache zu stellen. Wenn dieses Frankreich gelänge, so würden sich die europäischen Staaten ohne Teilnahme und auf Kosten Russlands verstümmeln und die Konferenz von Genua wäre gegenstandslos. Russland ist aber zu arm, um mit großer Kosten seine Vertreter nach Genua herzuhaben, zu senden, um sich am italienischen Klima zu ergötzen.

Trotzki droht.

Moskau, 25. Februar. Sofort nach der Ankunft Krassins und Radetskis in Moskau fand eine Sitzung des Sowjetparlaments in der Radetski genutzte vom geärmten linken Flügel (Bucharin und Trotzki) erklärte, daß wegen der Bedeutung und der Kraft Sowjetrußlands und des Kommunismus der gegenwärtige Augenblick am geeignetesten dafür sei, den Wie erneut der innenpolitische Sowjetrußlands durchzuführen. Nach der Sitzung ordnete Trotzki eine Einheitlichkeit unter der Moskauer Garnison an, in der er während seiner Ansprache folgendes sagte: „In Genua eine Vertagung von 10 Tagen erfahren würde, so werden wir gezwungen sein, unsere Armee, die wir verringern sollten, um 10 Proz. zu vermehren; bei einer Vertagung der Konferenz um 20 Tage werden wir den Staat um 20 Prozent und weiter ständig erhöhen, um auf diese Weise das zu erreichen, wessen wir bedürfen, und was unsere Diplomaten in Genua nicht zu erreichen vermögen.“

Die Militärkontrolle über Deutschland.

Paris, 26. Februar. Auf einer Tagung im August v. J. hatte der Oberste Rat beschlossen, die Frage der Aufhebung der Militärkontrolle über Deutschland auf die Tagessordnung einer besonderen Zusammenkunft im Oktopus zu setzen. In einem Memorandum vom 26. November hatte die englische Regierung als Grundlagen genannt: 1. Sofortige Aufhebung der Kontrolle zur See, 2. Nach Durchführung der von General Nollet überwachten Entwaffnung Deutschlands ist die Kontrolle über Deutschlands Rüstungen gemäß Artikel 213 des Friedensvertrages lediglich Sache des Völkerbundes, 3. Beibehaltung der nach dem Friedensvertrag nicht vorgesehenen dauernden Kontrolle über die deutsche Luftschiffahrt, wozu eine Kompensation für Deutschland die vorläufige Räumung der Städte Ruhrort, Duisburg und Düsseldorf erfolgen sollte. Auf diese Vorschläge hat die französische Regierung in einem dieser Tage der Vorsitzende der Moskauer Konferenz geantwortet, daß sie sich mit der Aufhebung der Überwachung zur See einverstanden erklären. In den beiden anderen Punkten aber die englischen Vorschläge ablehne. Da die Kommission Nollet ihre Arbeiten noch lange nicht beendet habe, könne einstweilen von einer Anwendung des Artikels 213 noch keine Rede sein.

Das neue italienische Kabinett.

Aus Rom wird gemeldet: Die Kabinettbildung durch De Facto ist bestätigt worden. Es handelt sich um ein Konzessionskabinett, aus dem nur die beiden extremen Flügel der Sozialisten und der Faschisten ausgeschlossen sind. Das neue Ministerium stellt sich ohne irgendwelche Parteihälfte dar.

De Facto war früher zweimal Finanzminister unter Giolitti und einmal Justizminister unter Orlando. Er übernimmt neben dem Präsidium das Ministerium des Innern. Außenminister wird Schanzer, der Vater der italienischen Mission auf der Washingtoner Konferenz. Er war früher nacheinander Postminister, Finanzminister, Kolonialminister. Die noch zu belegenden Ministerposten sollen entsprechend der Zahlungsfälle unter die anderen Parteien verteilt werden. Ein Katholiken-Vorstand erhält drei Ministerposten unter das des Wirtschaftsministers zum erstenmal. Die römische Presse ist über das Ende dieser überaus langen Runde sehr erfreut.

Marianne Die Geburt einer Tochter zeigen ergebenst an

Dr. Georg Cohn und Frau
Trude, geb. Bernhardt
Poznań,
d. 26. Februar 1922

Witwer, 52 Jahre, engl., ohne Anhang, gut situiert, sucht Damenbekanntschafft mit Vermögen, jedoch nicht Bedingung, zwecks baldiger

Auch Einheirat in Geschäft oder Landwirtschaft. Ges. Off. mit Ang. d. Verhältnis u. A. T. a. die Geschäftsf. d. Stadt- und Land-Boten im Niederschöd.

Heirat.

Elegante Kleider u. Kostüme beim erprobten neuen Damen-Schneider sich anfertigen zu lassen. — Grosse Auswahl in Stoffen, neueste Moden.

J. Szymański

Waly Jana III. Nr. 9 (fr. Oberwallstr., Ecke Paulikirchstrasse). Teleph. 1012.

Pappdächer — Leerungen

Empfehlte Aufträge mir bald zu erteilen. [5082 b
Keine Bedienung. — Bequeme Zahlungsbedingungen.

Baumeister K. Günther,
Tel. 2945. Poznań, Towarowa 21. Gegr. 1908.
Spezialgeschäft für Pappdächer.

Güter, Rittergüter, Landwirtschaften, Wassermühlen usw. für entschlossene Käufer zu kaufen gesucht
M. Begner, Poznań, ulica Polwiejska 31.
Telephon 1811. „Kultura“ Telephon 1811.

Villa in Poznań oder Solacz zu kaufen gesucht.

Offerten unter 5577 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Grundstück mit Gasthof

in Eberswalde, Nähe Berlin, 3 Fremdenzimmer, großer Hof, Ausspannung, Obstgarten, sowie freitreibende 3-Zimmer-Wohnung und Küche, sofort zu verkaufen. Preis 250.000. Ünzahlung 150.000. Mietseinnahme 6562 M. Offerten zu richten an:

A. Meß, früher in Schrimm, jetzt Eberswalde

Magistrat Jarocin verläuft an den Meistbietenden: Bronze-Statuen (Brust)

Friedrich III., 75 cm hoch.
Wilhelm II., 70 cm hoch.

Gips - Statuen (Brust)

Friedrich III., 90 cm hoch.
Wilhelm I., 85 cm hoch.

Bilder, ohne Rahmen,

Wilhelm II., 115×98 cm.
Kaiser-Proklamation, 110×98 cm.

3. Befeler, 3 Hindenburg, Papier auf Leinen, 50×42 cm.

Außerdem:

Hestmaschine mit 18.000 Klammern.

Angebot bis 28. Februar erbeten.

Verkaufe 6 Arbeitssohlen

4-6 jährig, im Gewicht von ca. 13 Zentner.

Drogowski, Glogowinie,

Station Grocholin. Telephon: Achmia 2.

Dienstag, den 28. Februar 1922:

Frische

Bodwurst, Wellwurst u. Wellfleisch.

Jeden Donnerstag: Eisbeine in bekannter Güte

Gleichzeitig empfehlen wir den bekannten

Original Robylepoker

Bock- und Pilsner

im Spezial-Muschein.

Pod Strzechą :: Zur Hütte

T. o. p.

Poznań, plac Wolności 7.

Auch Einheirat in Geschäft oder Landwirtschaft. Ges. Off. mit Ang. d. Verhältnis u. A. T. a. die Geschäftsf. d. Stadt- und Land-Boten im Niederschöd.

Frau Dr. Irene Guggenberger,

geb. Gräfin Finck von Finckenstein, gibt die Verlobung ihrer Schwester Elisabeth mit Herrn Georg von Hantelmann hierdurch geziemend bekannt.

Georg von Hantelmann,

Leutnant a. D. im Braunschweigischen Husaren-Regt. Nr. 17, beeindruckt sich, seine Verlobung mit Elisabeth Gräfin Finck von Finckenstein, jüngsten Tochter des verstorbenen Grafen Bernhard Finck von Finckenstein und seiner gleichfalls verstorbenen Gemahlin Agneta, geb. von Ramdohr, hierdurch bekannt zu geben.

Baborówko, München (Franz Josefstrasse 10), am 20. Februar 1922. [5583]

Aufgabekosten Nr. 17/22 I.

Aufgebot.

Es wird zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß

- Der Handlungsgeselle Simon Feibusch, wohnhaft in Berlin, Dickestr. 50.
- die Jenny Kultner, ohne Beruf, wohnhaft in Königsberg i. Pr., Sieghar. 46/47 die Ehe miteinander eingehen wollen. Die Bekanntmachung des Aufgabekosten hat in Königsberg i. Pr., Berlin u. durch die Zeitung in Rogasen zu erfolgen. Einspruch hat bei innerhalb 14 Tagen zu geschehen.

Königsberg i. Pr.,

am 11. Januar 1922.

Der Standesbeamte,

ges. R. B. Hertell

PALACOWY Teatr plac Wolności Nr. 6.

Von Montag, dem 27. 2. ab täglich:

Mme. Recamier und Napoleon

Monumentales kinematographisches Kunstwerk. Grossart. rama in 6 Akten aus dem Leben Napoleons napartes. In der Hauptrolle Fern Andra.

Roten Feldmöhrensamen

hat abzugeben Dom. Grzybno, p. Jłowiec.

Wirtschaftsassistenten

unter meiner direkten Leitung. Herren, die das Einjährige Zeugnis bestehen und volkisch sprechen können, bitte ich Lebenslauf und Zeugnisschriften einzufinden. [5602]

Domänenpächter Miszki, Galazki, powiat Koźmin.

Suche zum 1. April evangl. Erzieherin

(Zeumensbildung) für meine Tochter von 11 und 9 Jahren. Gehaltsansprüche, Bild und Lebenslauf bitte einsenden an Frau Rittergutsbesitzer Dietrich,

5506) Chróstlowo p. Popówko, Station Obończy.

Wirtschaftsfräulein,

verkehrt in Kochen, Einkochen, Einfüllschäften und Backen usw. für Schlosshaushalt nach Deutschland gesucht. Anfragen erbeten an

Dr. Tieische, Piekarzew, poczta Piekarzew.

Wirtin

mit guten Zeugnissen. Gehaltsforderungen Bild

Zeugnisse an

Fran Weise, Dom. Bielawy (Gersdorf), Post Koszowo.

Deutsche, evangel., ältere Wirtin

zum 1. 4. 22 für meinen unverheiraten Sohn. Oberinspekt. Brandt, Witzleben, Kr. Wyrzysk, gesucht. Meldungen an Administrator Brandt, Herrschaft Lobsens, Kreis Wyrzysk.

junges Mädchen

aus Land (Schloß) zur Erlernung der bürgerlichen wie feinen Küche ohne gegenseitige Vergütung. Offerten an:

Herrschaft Drzeczkowo (Retschke) p. Osieczna, Kreis Leszno (Eischa).

1. Stubenmädchen,

für ein Waschen, Glanzplatten, Schnüldern und Nähen.

Außerdem noch ein

einf. Stubenmädchen.

hohes Geh. in deutscher Währung. Reise- u. Fahrtvergütung.

Zeugnisschriften an Gutsverwaltung Bulowiec, powiat Nowy Tomysl, erbeten.

einfache Jungfer

oder Dienermädchen

zur Unterstützung des Dieners. Zeugnisse u. Gehaltsansprüche einschicken an das Fürstl. Rentamt, Jarocin.

Stellenangebote.

Revier-Förster, 45 Jahre alt, verheiratet, welcher lange Zeit eine Oberförsterstelle vertreten hat, sucht

Stellung sofort oder zum 1. 4. 1922. Ges. Angebote unter C. G. 5611 an die Geschäftsstelle d. M. sebeten.

Möbl. Zimmer

mit einem Bett von zwei Studenten vom 1. März gesucht.

Eine Bettstelle mit Bezug ist vorhanden. Geißel. Meldung, welche man an die Geschäftsstelle d. M. sebeten.